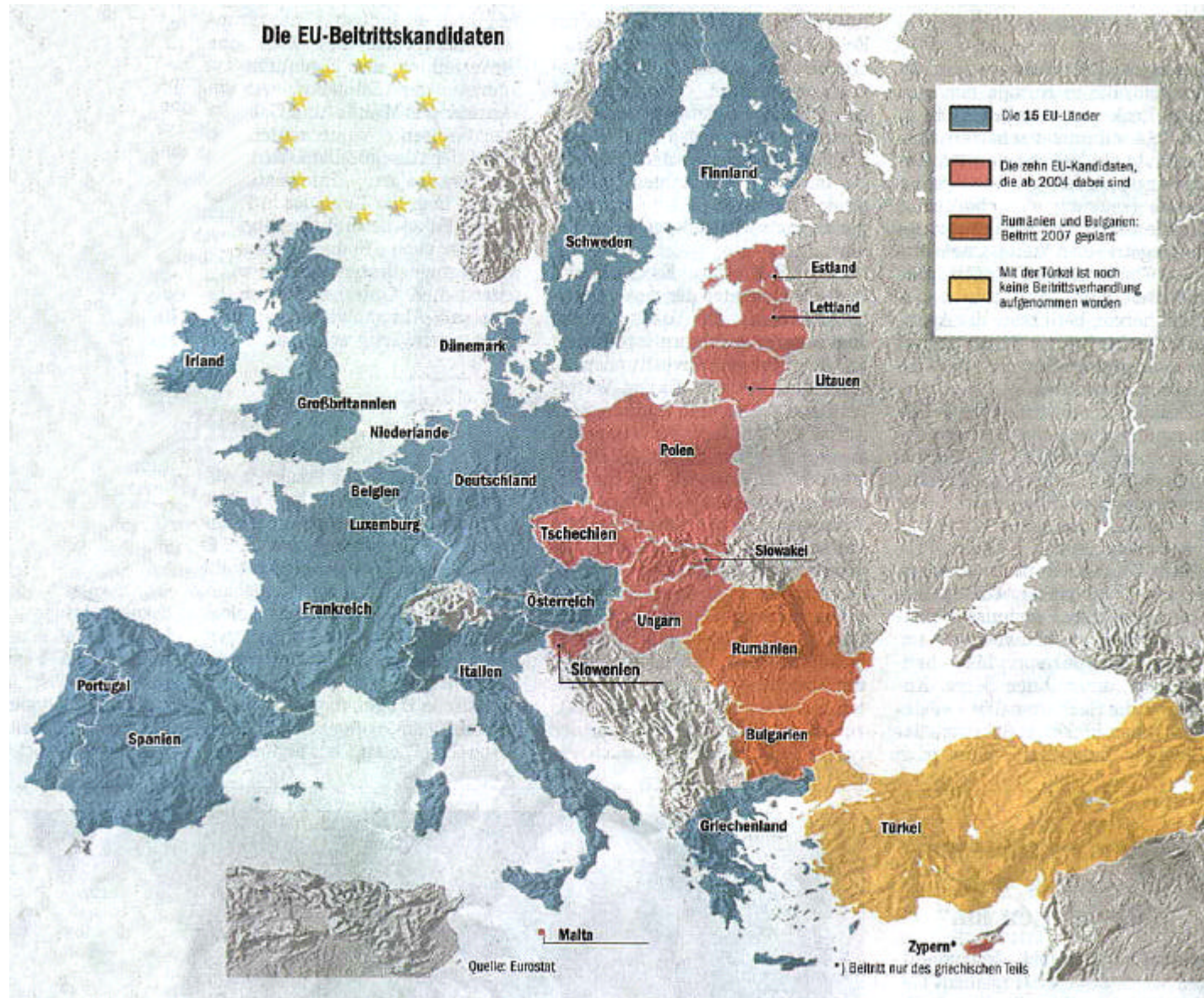


Abmahnung für den EU-Kandidaten Polen

Im letzten Bericht vor dem Beitritt stellt Brüssel dem größten Aspiranten ein düsteres Zeugnis aus



Brüssel – Dies sei die am besten vorbereitete Erweiterungsrunde, die die Europäische Union jemals erlebt habe – mit diesen Worten hat sich Günter Verheugen in den vergangenen Wochen gern zitieren lassen. Die Fakten jedoch, gesammelt und ausgewertet in der Abteilung des deutschen Erweiterungskommissars, sind eher ernüchternd: Sechs Monate vor der größten Erweiterungsrunde in der Geschichte der EU erfüllt keines der zehn neuen Länder die technischen, administrativen und ökonomischen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Zu diesem Ergebnis kommen die Monitoring-Berichte, die die EU-Kommission gestern in Brüssel vorlegte – zum letzten Mal, bevor die zehn Neuen am 1. Mai 2004 der EU beitreten. Die Berichte untersuchen die Fortschritte, die die Beitrittskandidaten bei ihren Reformen auf dem Weg zur Übernahme des „Acquis communautaire“, des Besitzstandes der Gemeinschaft, vorzuweisen haben.

Das größte und bevölkerungsstärkste unter den neuen Ländern und dasjenige, das seine nationalen Interessen in Europa am lautesten vertritt, zeigt sich auch als das größte Sorgenkind: Polen.

„Neun Bereiche“ führt der Bericht an, die Anlass zu „ernster Sorge“ gäben und in denen „dringende und durchschlagende Maßnahmen“ erforderlich seien. Vor allem, so der Bericht, fehle es in Polen an ausreichenden Verwaltungsstrukturen für die Aufnahme von EU-Agrarsubventionen. Die geforderten Zahlungsagenturen für die Vergabe der EU-Hilfen seien noch nicht installiert, auch das Kontrollsystem für Agrarprodukte entspreche noch nicht den EU-Standards zum Schutz der öffentlichen Gesundheit. Auch im legislativen Bereich gebe es erhebliche Mängel, etwa bei der Organisation des Fischereiwesens und der Neuregelung des Arbeitsrechts. Nicht

minder düster fällt das Urteil im Bereich der Wirtschaftsentwicklung aus. „Der Reformzug ist seit dem vergangenen Jahr fast zum Stillstand gekommen.“ Größte Probleme seien „das steigende Staatsdefizit, zusammen mit der hohen Arbeitslosigkeit“. Die Arbeitslosenquote betrug in Polen im vergangenen Jahr etwa 20 Prozent.

Deutliche Worte fand die Kommission auch für die Versäumnisse der Regierung beim Kampf gegen die Korruption. In diesem Bereich habe es „kaum Fortschritte“ gegeben“, konstatiert der Bericht. „Offenbar ist die Korruption in Polen von einem ohnehin schon hohen Niveau noch weiter gestiegen.“ Das Problem habe längst alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfasst.

Über die Konsequenzen, die die Reformlethargie für die Beitrittsländer haben könnte, ließ die Kommission keine Zweifel aufkommen. Wenn am 1. Mai 2004 entsprechende Strukturen fehlten, werde Brüssel kein Geld überweisen, heißt es. Zu groß sei die Gefahr, dass die millionenschweren EU-Subventionen in dunklen Kanälen versickerten oder in schwarze Kassen umgeleitet würden. Erfüllen die Länder nicht die geforderten Standards in der Lebensmittelsicherheit, bleiben ihnen außerdem Teile des Binnenmarkts versperrt. Betriebe, die sich nicht modernisieren, sollen geschlossen werden.

So könnte es sein, dass Polen zunächst einmal auf die üppigen EU-Subventionen für seine Landwirte verzichten muss, für die es auf dem Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 so leidenschaftlich gestritten hatte.

„Wenn Polen seine Reformen nicht ganz schnell umsetzt, dann

kommen auf das Land erhebliche finanzielle Rückschläge zu“, sagte der CDU-Außenpolitiker und Europaparlamentarier Elmar Brok der WELT. So mangelhaft die Vorbereitungen für den EU-Beitritt, so selbstbewusst tritt Polen dagegen in der Regierungskonferenz zur Ausarbeitung der EU-Verfassung auf. Dort beharrt die Regierung eisern auf ihren Forderungen nach größerem Stimmgewicht im Rat und nach einem eigenen Kommissar. Es sei „unverantwortlich ge-

genüber dem eigenen Land und gegenüber der EU“, sagt Brok, zu Hause die Reformen zu vernachlässigen und in Brüssel „die Muskeln spielen zu lassen“.

Die Regierung in Warschau ficht die harsche Kritik aus Brüssel nicht an. Es gebe „keinen Grund zur Sorge“, sagte Polens Ministerpräsident Leszek Miller gestern in Warschau. „Wir sind genau dort, wo wir ein halbes Jahr vor der Mitgliedschaft sein wollten“, ergänzte Europaministerin Donata

Hübner. Wenigstens verbal waren sich also Warschau und Brüssel einig: „Die Ergebnisse dieser Berichte sind weder für die Kommission noch für die Beitrittsländer eine Überraschung“, sagte Erweiterungskommissar Verheugen – und zeigte sich wider die gerade vorgelegten Daten optimistisch, dass die zehn neuen Länder bis zum Mai 2004 bereit seien für Europa.